



Erwin Rüdgel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit

Pressemitteilung

24.04.2020

„Futterspenden alleine reichen bei Weitem nicht!“

Erwin Rüdgel, Ellen Demuth und Jan Einig unterstützen den Zoo Neuwied

Neuwied. „Es darf nicht dazu führen, dass dem Zoo in Neuwied wegen Einnahmeeinbruch aufgrund der Corona-Krise letztendlich die Puste ausgeht“, erklärten unisono der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Erwin Rüdgel, CDU-Landtagsabgeordnete Ellen Demuth und der Neuwieder CDU-Oberbürgermeister Jan Einig.

Die Corona-Pandemie hat auch dem weit über die Kreisgrenzen hinaus bekannten Zoo in Neuwied einen schmerzhaften Einbruch beschert und in eine finanziell schwierige Lage gebracht. „Wenn auch die Mainzer Landesregierung signalisiert, dass Zoos und Tierheime bis zu 80 Prozent der Futtermittel- und Tierarztkosten, die während der durch Corona bedingten Schließungstage angefallen sind, vom Land erstattet bekommen, so ist das bei Weitem viel zu wenig. Hier bedarf es Hilfen, die weit über Corona-Futterhilfen hinausgehen. Denn Futterhilfen allein sind da keine Lösung“, befand die CDU-Troika.

Unterstützung erhalten die drei christdemokratischen Politiker von Julia Klöckner (CDU), der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft: „In Krisenzeiten, wo der Zoo keine Einnahmen durch Eintrittskarten erzielen kann, werden die zur Versorgung der Tiere nötigen Ausgaben nicht geringer. Der Bedarf nach finanzieller Unterstützung liegt daher auf der Hand. ... Die bisherigen Hilfspakete im Rahmen der Corona-Krise stehen nach meiner Kenntnis gemeinnützigen Vereinen nicht zur Verfügung. Ich werde mich an die zuständigen Ministerien wenden und darum bitten, auch für gemeinnützige Vereine, die Tiere versorgen und derzeit kaum Einnahmen erzielen können, Hilfsmaßnahmen vorzusehen.“

Laut Zoodirektor Mirko Thiel, sieht die Zukunft des Zoos, sollte die Corona-Futterhilfe tatsächlich die einzige Förderung seitens der öffentlichen Hand sein, sehr düster aus. Dieser Meinung sind auch die CDU-Politiker Rüdgel, Demuth und Einig. Man müsse dabei bedenken, dass ein Zoo nicht einfach auf Kurzarbeit umstellen kann. Die Tiere müssten weiterhin versorgt und der Betrieb irgendwie aufrecht erhalten bleiben - Kurzarbeit für die rund 50 Mitarbeiter sei da keine Lösung.

Während der 33tägigen Zwangsschließung hatte der Zoo Neuwied durchschnittlich Kosten in Höhe von 8.000 Euro pro Tag. „Damit hatten wir in dieser Zeit 264.000



Euro an Ausgaben bei null Euro Einnahmen durch Eintrittsgelder. Wenn die Besucherzahlen in dieser Zeit der letzten fünf Jahre in Verbindung mit dem überdurchschnittlichen Wetter in diesem Jahr zu Grunde gelegt werden, haben wir im Zoo Neuwied während der Zwangsschließung sogar einen Einnahmeverlust in Höhe von 500.000 bis 600.000 Euro zu verzeichnen - eine Reserve für die Herbst- und Winterzeit, die uns fehlen wird“, erfuhren die CDU-Mandatsträger vom Zoodirektor.

Oberbürgermeister Jan Einig wies unter anderem auf die Bedeutung des Zoos für die Stadt Neuwied hin: „Der Zoo ist seit Jahren ein Aushängeschild und ein großer Besuchermagnet. Es muss alles daran gesetzt werden dem Zoo Neuwied zu helfen.“

Landtagsabgeordnete Ellen Demuth sieht einmal mehr die Landesregierung gefordert und in der Pflicht hier zu helfen - über Futterhilfen hinaus. Zwar sei dass, was bislang geschehen, besser als nichts, „aber es gilt noch mehr Initiativen für das Fortbestehen des Zoos umzusetzen. Vergessen werden sollte dabei auch nicht, welchen Wert der Zoo für die ansonsten zahlreichen Besucherinnen und Besucher, ganz gleich ob Alt ob Jung, aus nah und fern hat. Insbesondere Kindergartengruppen oder Schulklassen erleben hier Tiere hautnah, die sie sonst vielleicht nur aus dem Fernsehen kennen.“

„Seit Jahren stehe ich mit dem Zoo Neuwied in engstem Kontakt. Über die zeitweise Wiederöffnung der Außenanlagen freue ich mich. Aber: Für den Zoo Neuwied geht es ums pure Überleben - da müssen Zuschüsse fließen und dies weit über Futterhilfen hinaus. Zudem sollte dem Zoo Neuwied, auch hinblickend der hier geleisteten hervorragenden Arbeit, jede mögliche Hilfe und Unterstützung zuteilwerden, woran wir uns selbstverständlich und gerne im Rahmen unserer Möglichkeiten beteiligen“, bekräftigte Erwin Rüdell unter Zustimmung seiner Mitstreiter Ellen Demuth und Jan Einig.